

## Schließung des Ups aufs Schärfste abgelehnt

Beirat Burglesum beschäftigte sich mit den Freizeits im Stadtteil

**BURGLESUM** - Um die Struktur der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab 2027 und deren Auswirkungen für Burglesum ging es in der jüngsten Sitzung des Beirats. Zu Gast waren Märthe Maria Stamer und Felix Seidel von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie Dieter Regent vom Amt für Soziale Dienste.

Sie führten aus, dass die Mittel bisher dezentral gesteuert und geplant worden seien, mit wenig klaren Kriterien und jährlich angepasst worden seien.

Seit 2022 werde geplant, die Bedarfe transparenter zu berechnen, Standards für Qualität und Ausrichtung von Einrichtungen zu schaffen, Planungsprozesse klarer zu organisieren und die Planungssicherheit zu erhöhen. So seien beispielsweise Bestandsaufnahmen mit den freien Trägern gemacht worden, wie viel Fachpersonal in einer Einrichtung arbeiten soll, wieviel Sachmittel oder Verwaltungskosten notwendig seien, wieviel und wann geöffnet werden müsse und was sonst noch zu den Aufgaben der Einrichtung gehört.

Eines der Ziele sei, dass die Träger sich bemühen, Fachkräfte einzustellen, dafür müssten entsprechende Mittel eingestellt werden.

Zukünftig sollen die Einrichtungen nach Standards gefördert werden, in Bremen-Nord vom Sozialzentrum 1 in Vegesack aus. Zehn Prozent der Mittel sollen in die Förderung von Projekten gehen, 90 Prozent in den Betrieb. Die Umsetzung der Standards werde derzeit vorbereitet, die Entscheidung, wo

welcher angewendet werden könne, soll der Jugendhilfeausschuss vor der Sommerpause treffen.

In Bremen-Nord gebe es neun Häuser, davon ein Mädchenreff. In Blumenthal erfordere die soziale Lage eine stärkere Jugendarbeit. Insgesamt hätten die Mittel 2025 bei 2344 982,14 Euro gelegen, für Burglesum gab es 561 129,24 Euro. Laut Bedarfsermittlung sollen es für 2027 insgesamt 2941 486,80 Euro für Bremen-Nord sein, für Burglesum 712 716,41 Euro. Vorgesehen würden neun Einrichtungen; in Blumenthal soll eine entstehen, während das Ups in Marßel wegfallen soll.

Damit zeigte sich Maren Wolter (SPD) gar nicht einverstanden. In der Einrichtung werde Beziehungsarbeit geleistet, deshalb müsse es Kontinuität geben. In Burglesum gebe es dann nur zwei Einrichtungen. Jugendliche könnten nicht so weite Strecken fahren. Die Erhöhung des Beschäftigungsvolumens von 4,7 auf fünf Stellen beiße sich mit dem Bedarfsermittlungsergebnis. In Marßel brauche man einen Minimalstandard für konsequente Erziehungsarbeit. Sie forderte mindestens zwei Stellen in Marßel und im Fockengrund und sprach den Wunsch nach drei für das Jugendfreizeitheim Burglesum aus, was ihr Beifall aus dem Publikum einbrachte.

Auch Niels Heide (SPD) sprach sich gegen die Schließung der Einrichtung aus: „Wir brauchen in Marßel mehr soziale Einrichtungen, nicht weniger.“ Er betonte zudem, dass es wichtig sei, über bessere Standards der Jugendeinrich-

tungen zu reden. Für den Erhalt setzten sich auch Helga Lürssen (CDU) und Jens-Rainer Jurgan (Bündnis Deutschland) mit ihren Wortbeiträgen ein.

Quartiersmanager Mark Vobker berichtete, dass vor Ort 5500 Menschen lebten, die höchste Armut in Burglesum herrsche und zudem gerade ein Generationswechsel stattfindet. Migration spiele eine Riesenrolle, für die Kinder sei das Ups vielleicht die einzige Alternative. Es brauche mehr soziale Einrichtungen, denn es gebe kein Quartierszentrum, kein Spielhaus. Wenn das Ups gehe, sei das Nachbarschaftshaus die einzige Einrichtung, und die wende sich an Senioren.

Im Ups seien zirka 30 Kids, und das Beschäftigungsvolumen liege bei 0,8 Stellen. „Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr!“, erklärte auch er.

Der Beirat forderte mit einer Gegenstimme, „in allen Freizeiteinrichtungen eine institutionelle Förderung von jeweils mindestens zwei Stellen zu ermöglichen. Die im Freizeit Burglesum fehlenden Ressourcen sollen über Projektmittel abgedeckt werden, um das große Gebäude angemessen nutzen zu können.“ Die Schließung des Ups in Marßel lehnte er „aufs Schärfste“ ab. Gerade das WIN-Gebiet weise aufgrund der dortigen Sozialindikatoren einen besonders hohen Bedarf an Jugendförderung auf. Hier seien mindestens zwei Stellen erforderlich. Die vorgeschlagenen zwei Stellen für den Fockengrund und drei Stellen für das Jugendzentrum Burglesum wurden begrüßt.